

31. 10. 1919

Staatssekretär Dr. Schumpeter über die industrielle Zukunft Deutschösterreichs.

Wien, 30. Mai.

In der heute abend im großen Saale der Handelskammer abgehaltenen Generalversammlung des Wiener Handels- und Industrievereins erörterte vor einem überaus zahlreichen Publikum Staatssekretär für Finanzen Dr. Josef Schumpeter das Problem der Zukunft der Industrie in Deutschösterreich. Staatssekretär Dr. Schumpeter führte aus:

Es ist ganz unmöglich, in gewisserhafter Weise den Weg, den unsere wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Zukunft zu machen hat, zu zeigen. Wer das tun will, ist in der Lage eines Vorhabers, der nie in Berlegenheit um seine Diagnose ist, weil er überhaupt nur eine Diagnose und nur ein Heilmittel hat: Schröpfung. (Weiterkeit.) Wenn man gegenwärtig in offizieller Stellung zum Publikum spricht, hat man ein eigentümliches halb melancholisches, halb belustigtes Gefühl. Unser Deutschösterreich hat sich keineswegs so sehr gewandelt, wie man vielleicht glauben könnte. Unter anderen Dingen, die von früher her geblieben sind, ist auch das Gefühl geblieben, daß es eigentlich der politischen Kleiderregel widerspricht, wenn ein Minister vor der Öffentlichkeit eine Rede hält, die nicht herunter gelesen wird, so daß nicht jedes Wort von irgend einem Departement, das dafür verantwortlich ist, mindestens vierzehn Tage vorher festgestellt und den verschiedenen kompetenten Stellen zur Begutachtung unterbreitet wird. (Zustimmung.) Aber Finanzpolitik kann man jetzt nur machen, wenn unsere ganze Gesellschaft mitgeht. Die gewisse Freiheit, die ich in meinen früheren Ausführungen in Anspruch genommen habe, muß ich mir auch weiterhin sichern. Was meinen Optimismus betrifft, so habe ich diesen nicht bloß pro foro interno. Ich glaube an unsere Zukunft, natürlich nur unter gewissen Voraussetzungen, die ich auch jedesmal, wenn ich gesprochen habe, gewissenhaft angeführt habe. Ich glaube in der Tat, daß unsere finanzielle und industrielle Zukunft sich nicht ungünstig gestalten wird, ich bin fest davon überzeugt, daß wir ohne Zusammenbruch durch die nächsten Monate hindurch steuern können, natürlich unter der Voraussetzung eines vernünftigen Friedens und daß wir nicht selbst unverantwortliche Fehler begehen. (Zustimmung.) Zu diesen unverantwortlichen Fehlern würde vor allem die Fortsetzung unserer Ausgabenwirtschaft gehören. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Jede Finanzpolitik ist völlig umsonst, so lange unsere Öffentlichkeit und unsere Politiker an der eigentümlichen kindlichen Mentalität festhalten, die schließlich darauf hinauskommt, daß die ganze Bevölkerung vom Staate leben kann. Das ist natürlich nicht möglich. (Lebhafte Zustimmung.) Sowohl die unmittelbaren Zuschüsse zu dem Einkommen der nicht staatlich angestellten Kreise als auch die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel — das muß mit aller Offenheit vor der Bevölkerung erklärt werden — sind auf die Dauer unhaltbar. (Beifall.) Wenn wir so fortfahren wie bisher, brechen wir einfach zusammen. Vor vierzehn Tagen, vor vier Wochen noch war die Sache etwas anders. Da konnte man sagen, wir stehen zwischen München und Budapest. In München und Budapest war damals der Bolschewismus auf der Höhe, nicht nur seiner aktuellen Verbreitung, sondern auch seiner Zukunftsaussichten wegen. Man konnte — und viele Kreise haben das getan — an seine unmittelbare Zukunft glauben und wir waren absolut nicht in der Lage, in den Ausgaben zu bremsen. Vielleicht war das Opfer, das gebracht wurde, ohnehin schon zu groß; jedenfalls aber hat diese Methode und die Ausgabenpolitik, die sie begleitete, das eine für sich, daß damit die Ruhe in Wien ohne Blutvergießen, ohne äußere Machtmittel aufrecht erhalten werden konnte. Die Leistung der betreffenden Mitglieder der Regierung, die sich damals vor allem zu exponieren hatten, ist nicht zu unterschätzen, das war jedoch eine exceptionnelle Zeit. Sowie wir über sie hinaus sind, müssen wir eine andere Finanzpolitik machen.

Vor allem müssen wir arbeiten (Beifall). So wie wir im Kriege uns selbst ausgehungert haben, so hindern wir nun den Wiederaufbau dadurch, daß wir Organisationsformen, die jedenfalls jetzt überflüssig geworden sind (Zustimmung), stärken.

Wenn alle diese Bedingungen erfüllt sind, wenn wir annehmbare Friedensbedingungen erhalten, dann wird der Staat seinen Verpflichtungen nachkommen können und dann wird sich auch die Volkswirtschaft sicher und in verhältnismäßig kurzer Zeit erholen. Trotz des Elends, das uns umgibt, trotz der Leiden der Massen, trotz der Arbeitslosigkeit der Industrie infolge der fehlenden Rohstoffe, trotz der Unterbilanz gibt es einen Ausweg aus dem Elend, wenn wir ihn nicht selbst verderben. Uebrigens kann uns der Ausweg ja auch von außen versperrt werden, dann, wenn uns unerträgliche Friedensbedingungen auferlegt werden, die in irgendeiner erheblichen Kriegsschädigung und einer ungerechten Verteilung der Kriegslasten bestehen. Dann wäre es überhaupt umsonst, an eine korrekte Finanzpolitik zu denken, dann wäre es besser, die Vermögensabgabe lieber gar nicht zu machen. Wenn wir aber nicht überlastet werden, wenn wir nicht mehr zu tragen haben, als was unser Anteil ist, dann ist dafür zu garantieren — und ich kann dafür sachmännlich einstehen — daß jeder Heller unserer Verpflichtung bezahlt werden wird. Unsere Volkswirtschaft bricht vollständig zusammen, wenn die Staatsfinanzen zusammenbrechen. Wenn die Kriegsanleihe nicht honoriert wird, würde geradezu unsere ganze Industrie, jedenfalls unsere ganze Bankwelt zahlungsunfähig werden. Wir haben aber allen Grund, der Kriegsanleihe zu vertrauen, wir können mit der besten Hoffnung in die Zukunft blicken. (Beifall.)

Unter der Voraussetzung, daß eine normale Finanzpolitik möglich sein wird, gestaltet sich unsere Zukunft folgendermaßen: Unser Defizit wird in einigen Jahren, vielleicht in fünf Jahren, verschwinden. Unser Defizit ist natürlich sehr groß, aber es hat in der Gegenwart nichts Abnormales an sich. Das böhmische Budget hat einen Fehlbetrag von drei Milliarden czechischer Kronen. Wenn unser Defizit verhältnismäßig erheblich größer ist, so liegt das nur daran, daß wir mit einem viel größeren Teile der finanziellen Verantwortung für den alten Staat belastet worden sind. Das ist überhaupt die Grundschwierigkeit unserer Finanz- und Währungs politik, daß wir sozusagen ein Herz aus dem finanziellen Organismus herauszuschneiden haben. Es ist in der Czecho-Slowakei relativ leichter gelungen, eine eigene Währung zu erhalten. Bei uns geht es nicht so einfach, und deshalb können wir unserer Bevölkerung wenigstens in aciemlichster Weise nicht entgegenkommen, wenn

sie von uns Retorsionsmaßnahmen, besondere Energie verlangt. Es ist nicht Mangel an Energie, noch weniger Lässigkeit, sondern einfach Rücksichtnahme auf unser Lebensinteresse, die uns heißt, unserem Bankrot und unserem Handel in höchst jenseitige Stellung zu sichern, die sie hatten. Uebrigens die letzten Verhältnisse in der czecho-slowakischen Republik, die bedeutungsvolle Niederlage im Felde gegen Ungarn, die Schwierigkeiten, denen besonders die czechische Finanzpolitik begegnet, werden wohl die vielen Bewunderer, die die czechische Finanzpolitik zweifellos unter Ähren gefunden hat, dazu bewegen, sich die Sache ein wenig zu überlegen. (Zustimmung.) Mit dieser gewissen scharf zugreifenden Brutalität, die bei uns im Lande des ökonomischen Analphabetismus so viele Fremde hat (Weiterkeit), kann man auf die Dauer nichts erreichen. Wenn die czechische Regierung fällt, dann fällt sie hauptsächlich über ihre Finanzpolitik, wenn sie sich hält, wird sie Wasser in ihren finanziellen Wein tun müssen. Der Staatssekretär verweist auf das in Frankreich und in England sich ergebende große Defizit und meint, für den Moment des Zusammenbruchs, für die ungeheure soziale Gefahr, durch die wir gestenert sind, ist unser Budget, unsere finanzielle Situation nur das, was man erwarten mußte. Durch Abkürzung der Kriegslasten, durch die notwendigen Ersparungen und durch das Wiederaufleben der Produktion wird sich die Situation gewiß bessern. Dann wird man auch daran denken können, das Geldwesen zu ordnen. Es ist sehr die Frage, welcher Weg zu wählen sein wird; woran man aber wohl denken könnte,

natürlich nur für wenige Monate. Ferner müssen Neugründungen erleichtert werden. Dazu brauchen wir Kapitalimport. Fremdes Kapital und neu investiertes inländisches Kapital müssen steuerliche und sonstige Begünstigungen erhalten. Neu gegründete Unternehmungen müssen auch bestimmte Zusicherungen für eine Reihe von Jahren bezüglich Sozialisierung, beziehungsweise Nichtsozialisierung bekommen. (Zustimmung.) Allerdings fehlt dann noch immer der Rohstoffkredit und die nötige Kohle. Diese können beschafft werden, wenn der Kredit unserer Banken intakt bleibt. Diesen intakt zu erhalten, besonders ihre Akzepte rein zu erhalten, ist ein sehr wesentliches Bedürfnis. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, werden wir unser Rohstoffbedürfnis, das auf ungefähr fünf Milliarden geschätzt werden kann, sehr bald decken können. Es wären in Wien schon eine Menge Hände am Werk, wenn wir die Leute nur ruhig arbeiten ließen und sie nicht fortwährend nur schikanieren. (Zustimmung.) Aber die Wiederherstellungsaktion hat in Deutschösterreich ihre Grenzen; denn die Frage, ob wir große neue Industrien schaffen können, ob wir vor allem eine Textilindustrie schaffen können, die sich sehen lassen kann, hängt lebhaft von der Frage der Wasserkraft ab. (Zustimmung.)

Für die Zukunft haben wir hoffnungsvolle Symptome. In dieser Beziehung ist der Beschluß zu begrüßen, wonach die Nationalversammlung die Regierung auffordert, den Abbau der Zentralen in die Wege zu leiten. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Wenn wir jenes Interesse vertreten, das für unseren Staat das einzig mögliche ist, das Interesse der wirtschaftlichen Freiheit, werden wir sehr bald zu normalen Zuständen kommen. Das heißt durchaus nicht, daß man, wenn man das einseht, notwendig ein Gegner der Sozialisierung wäre. Man muß klar sein darüber, was man sozialisieren will. Man muß das, was man sozialisiert, schnell und energig sozialisieren und alles übrige radikal freilassen. Dann werden die Sozialisierungsaktionen, die die Regierung gegenwärtig überhaupt vorhat, vom Standpunkte der übrigen Volkswirtschaft, so sehr sie sonst von einer Verstaatlichung verschieden sind, doch nichts anderes sein als eine Verstaatlichung. Das würde die kapitalistische Volkswirtschaft vertragen, ohne beim Wiederaufbau wesentlich behindert zu sein. Was unerträglich ist, ist das Schwanken zwischen den beiden Prinzipien, ist ein Zustand, der nicht Kapitalismus und nicht Sozialismus ist. Eine sozialisierte Unternehmung wird mindestens im Anfange wesentlich schlechter funktionieren, und es ist klar, daß die Lebenshaltung der Massen daraus zunächst keinen Vorteil haben kann. Aber deshalb hat es doch gefundenen Sinn, im klaren Bewußtsein auch der Opfer zu neuen Organisationsformen zu streben. Aber soweit man es nicht tut, liegt die Zukunft gerade von Deutschösterreich in einem System der Wirtschaftsfreiheit. Man muß nun anfangen abzubauen, Export und Import freizulassen, die Organisationsformen, die wir haben, tunlichst aufzulösen, die Grenzen der Staatsstätigkeit wieder enger zu ziehen. Nach der Lebensmittelversorgung und nach der Versorgung mit Rohstoffen wird es wieder besser werden. Möglicherweise werden die nächsten Jahre in diesem Lande nicht eben ein Vergnügen sein, aber sicher ist ein absoluter Zusammenbruch zu vermeiden. Sicher winten uns inmitten aller Schwierigkeiten die Hoffnungen einer besseren Zeit, die mindestens diejenigen haben, die nach uns kommen werden. (Lebhafte Beifall.)

in Hies & Söhne.
stellen für das ihnen im reichen Masse
kurte tatkräftige Mithilfe an der gedeih-
achmittags von der Aufbahnungs-
SEN.
und Mitbegründers, des Herrn
ten die tieferwähnte Nachricht von dem

von der Aufbahnungshalle des Wiener
Pfarrkirche zu Mauer abgehalten werden.
lees, Assistent der I. Frauenklinik, als Söhne
z, Willy und Viktor, als Enkel.
le Hies geb. Bürger, als Schwägerinnen.